

# Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

C 21234 ISSN 0940 - 4163



**Militärgeschichte** im Bild: Sam Nujoma, Chef der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO, besucht die DDR, August 1989.

- **DDR-Einsatz im Auftrag der UNO**
- **Israels Luftschläge gegen Irak und Syrien**
- **Schlacht um Leyte 1944**
- **Der Langemarck-Mythos**

Zentrum für Militärgeschichte und  
Sozialwissenschaften der Bundeswehr



**ZMS** BW

# Im Auftrag der UNO.

## Die Beteiligung der DDR an der Friedensmission 1989/90 in Namibia



picture alliance/dpa

▲ UN-Stützpunkt in Gibeon im Süden Namibias mit zwei DDR-Polizeibeobachtern und einem Offizier aus Pakistan, November 1989.

Friedensmission zur Unterstützung eines politischen Übergangsprozesses (United Nations Transition Assistance Group, UNTAG) auf Grundlage der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates von 1978 (UNSCR 435/78) Namibia den Weg in die Unabhängigkeit. Das ehemalige koloniale Schutzgebiet des Deutschen Kaiserreiches (1884–1915) stand seit 1920 unter südafrikanischer Besatzung, mit UN-Hilfe sollten nun demokratische Wahlen, eine verfassungsgebende Nationalversammlung und die Souveränität des Landes friedlich herbeigeführt werden. Erstmals verfügte eine »Blauhelmission« der UN neben ihren regulären militärischen Kräften über ein gleichwertiges ziviles Kontingent, zu dem eine eigene UN-Polizei gehörte. Während die Berliner Mauer fiel, erreichte die UNTAG anlässlich der Wahlen in Namibia vom 7. bis 11. November 1989 mit fast 8000 Mitarbeitern aus 109 Staaten ihren größten personellen Umfang. Darunter befanden sich 1494 Polizeibeobachter, 4493 Mann militärisches Personal sowie 2000 Zivilbedienstete. Die 4493 UNTAG-Soldaten wurden durch drei Bataillone aus Finnland, Malaysia und Kenia gestellt. Jugoslawien, Venezuela, Bangladesch und Togo hielten weitere Streitkräfte auf Abruf bereit.

Auch die beiden deutschen Staaten waren mit eigenen Einheiten beteiligt und verrichteten in Ombalantu im Norden Namibias in einem Stützpunkt der International Civilian Police (Civ-Pol) schon vor Öffnung der innerdeutschen Grenze unter internationalem UN-Kommando zusammen ihren Dienst. In Ombalantu waren auch Polizeibeobachter aus Kanada, Irland, Indien, Pakistan und Schweden stationiert. Ihr gemeinsamer Auftrag bestand darin, unbefangen und unbewaffnet den Wahlprozess zu begleiten sowie das Vorgehen der bis zur Unabhängigkeit im Land verbleibenden polizeilichen und paramilitärischen Einheiten Südafrikas zu überwachen. Warum führte das taumelnde SED-Regime ein solches Vorhaben selbst noch in den »Wirren der Wende« durch?

**W**ährend sich durch die anhaltenden Massenproteste der Bevölkerung gegen die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Lage in der DDR im Herbst 1989 zuspitzte, wandten sich vier Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) am 2. Oktober 1989 mit einem sonderbaren Anliegen an den Generalsekretär der SED. Ob dieser Brief Erich Honecker jemals erreichte? Die Angehörigen der Wartungs- und Konservierungsbasis 1 in Peenemünde sahen es auf jeden Fall als ihre »Pflicht an, uns für einen Einsatz in Namibia zum Ruhme unseres Landes, zur Stabilisierung der Lage in Namibia, natürlich freiwillig zu bewerben«. Und weiter hieß es: »Das soll auch eine Antwort auf den Verrat der ‚DDR-Bürger‘ sein, die meinen, im ‚goldenen Westen‘ ein neues Vaterland zu finden. Wir wollen am Vorabend des 40. Geburtstages unserer Republik zeigen, dass es noch Millionen staats-

bewusste Bürger gibt, die alles zu tun bereit sind, damit unsere Republik weiter an Ansehen und Achtung im Völkerbund gewinnt.« Was hatte es damit auf sich? Und von welchem Einsatz sprachen sie überhaupt? 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft bietet sich mit der folgenden Rückschau die Chance, die erste und einzige Beteiligung der DDR an einer Friedensmission der Vereinten Nationen (UN) und die damit einhergehenden Überlegungen im Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) in Erinnerung zu rufen.

### »Blauhelmission« im Südwesten Afrikas

Ebenso wie zwischen Rostock und Plauen geriet 1989 auch am anderen Ende der Welt zwischen Lüderitzbucht, Swakopmund und Windhuk die bisherige politische Ordnung ins Wanken. Seit April 1989 ebnete die UN-

## Ostdeutsche Namibia-Interessen

Die SED verstand sich in ihrer Afrikapolitik als konsequent antikononialistisch und antirassistisch. Jegliche koloniale deutsche Vergangenheit in Namibia verwies Ost-Berlin in die Tradition der Bundesrepublik, wollte die DDR sich doch in Afrika historisch unbelastet als deutscher sozialistischer Alternativstaat präsentieren. Enge Beziehungen zur nationalen Befreiungsbewegung Namibias, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (South-West Africa People's Organisation, SWAPO), pflegte sie schon seit 1977.

Verständlich wird somit die intensive Subventionierung der SWAPO allein 1989 mit 16 Millionen Mark der DDR, etwa für den bevorstehenden Wahlkampf oder die Rückführung namibischer Flüchtlinge in ihre Heimat; ein Indiz dafür, welch hohen Stellenwert die SED der Unabhängigkeit Namibias beimaß. Das hatte gute Gründe.

1989 wollte die DDR unbedingt an der Umsetzung der UN-Resolution 435 mitwirken; auch weil andere Länder des Warschauer Paktes (Polen, Ungarn, Rumänien) schon länger, etwa durch logistische Hilfen, UN-Missionen unterstützt hatten und die DDR im UN-Sonderausschuss für Friedensmissionen seit geraumer Zeit mit Sitz und Stimme vertreten war. Für sie ging es darum, ihren personellen Einfluss in den Vereinten Nationen zu vergrößern und sich prinzipiell stärker an solchen Einsätzen zu beteiligen, auch, um ihre Pflichtbeiträge als Mitglied der Vereinten Nationen zu senken.

Zugleich flankierte die Mitwirkung an Namibias Freiheitsprozess Pläne im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) im Frühjahr 1989, die Afrika-Strategie der DDR neu auszurichten, d.h. Epidemien oder Hungerkatastrophen in Afrika lösungsorientierter anzugehen und nicht nur unter den längst überholten ideologischen Gesichtspunkten des Ost-West-Konflikts zu betrachten. Das zusammen mit dem Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam erstellte (von der SED-Führung aber wohl nicht mehr beschlossene) Konzept ordnete Namibia bis zum Jahr 2000 eine wichtige Rolle in Subsahara-Afrika zu.

Angesichts des Bürgerkrieges im angrenzenden Angola und der nicht ab-

zusehenden Entwicklung Südafrikas mit Blick auf den Apartheid-Konflikt wäre Namibia für die DDR perspektivisch ein wertvoller Regionalpartner im südwestlichen Afrika gewesen.

## Knackpunkt Südafrika

Im April 1989 hatten schwere Kämpfe im Norden Namibias zwischen südafrikanischen Militärs und SWAPO-Milizen mit mehreren Hundert Todesopfern den Beginn der UNTAG-Mission überschattet. Der UN-Sondergesandte für Namibia, der Finne Martti Ahtisaari, verfügte im Nachgang die Aufstockung der zivilen Polizeikräfte innerhalb der UNTAG zunächst von 500 auf 1000 und schließlich bis November 1989 auf 1500 Mann. Dabei bedachte er auch beide deutschen Staaten, weil zum einen die deutsche Sprache in Namibia aufgrund der kolonialen Vergangenheit oft gesprochen und noch mehr verstanden wurde. Zum anderen wollte Ahtisaari mit deutschen Wahlbeobachtern der einflussreichen, der SWAPO skeptisch gegenüberstehenden deutschstämmigen Minderheit entgegenkommen und bei ihr das Vertrauen in den Unabhängigkeitsprozess stärken. Zum anderen verfolgte er innerhalb der UNTAG das Prinzip der politischen Balance, nach der sich politisch konträr gegenüberstehende Staaten (u.a. Pakistan und Indien) unter UN-Flagge auf Augenhöhe bewegen sollten.

Während die westdeutsche Seite trotz Debatten über den Umgang mit der kolonialen deutschen Vergangenheit in Namibia und den ersten derartigen Auslandseinsatz der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg dem Einsatz zustimme, hemmten zwei wesentliche Faktoren Ahtisaaris Intention, auch die DDR an der UNTAG zu beteiligen: Einerseits wehrte sich die Republik Südafrika vehement gegen die Beteiligung der DDR, wohl wissend um ihre enge Liaison mit der SWAPO, dem schärfsten Gegner der südafrikanischen Besetzung. Erst im August 1989 und nach persönlicher Einflussnahme von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar zogen südafrikanische Diplomaten ihren Widerstand gegen die ostdeutsche Beteiligung an der UNTAG mit Polizeibeobachtern zurück. Andererseits hatte Ahtisaari im Mai

1989 die DDR mit seiner Anfrage nach 50 Polizeibeobachtern überrascht. Mehrmals angeboten hatten das MfAA, die UNTAG mit Wahlhelfern, humanitärer Hilfe und diplomatischen Beobachtern vor Ort zu unterstützen – was schließlich auch geschah. Auf die Entsendung einer Polizeieinheit war Ost-Berlin allerdings nicht vorbereitet. Die DDR betrat Neuland.

## Sofortmaßnahmen und Zukunftspläne

Zügig fand sich im Mai 1989 unter Federführung des DDR-Außenministeriums eine Expertenrunde zusammen – noch nicht ahnend, dass Südafrikas Blockadehaltung bis in den Spätsommer 1989 Bestand haben sollte. Hinzu kamen Vertreter des Innenministerium (MdI), dem die Deutsche Volkspolizei nachgeordnet war, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Verteidigungsministeriums. Gesucht wurden dafür 40 bis 50 Personen aus den vier Ministerien, darunter zwölf Angehörige des Militärs. Das MfNV begann bald darauf in der NVA und in der Volksmarine die Suche nach geeignetem Personal. Währenddessen fand



▲ SWAPO-Anhänger in Windhuk begrüßen die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates, die Namibia Autonomie zusichert, September 1989.

Picture alliance/dpa

eine Abstimmung auf höchster Regierungs- und Parteiebene statt. Außenminister Oskar Fischer informierte die Minister des Innern (Friedrich Dickel), für Staatssicherheit (Erich Mielke) und Nationale Verteidigung (Heinz Keßler) und sicherte sich an den obersten SED-Gremien (Politbüro Zentralsekretariat) vorbei die Rückendeckung von Erich Honecker, der sich Entscheidungen in außenpolitischen Fragen durchaus persönlich vorbehielt und die Entsendung der Polizeibeobachter billigte. Für den Moment allerdings blieb das bekannte Signum »Einverstanden E.H.« des Parteichefs ein Muster ohne Wert, weil das südafrikanische Veto gegen die DDR in der UNTAG weiter galt.

Parallel dazu kam die Frage auf, wie sich die DDR zu künftigen UN-Missionen positionieren sollte. Muster für diese Pläne war Polen, das seit 1971 an mehreren UN-Missionen zumindest im logistischen Bereich beteiligt war. Dass die Vereinten Nationen ihren Statuten nach mit ihren Missionen eine »stabile Friedensordnung in der Welt« gewährleisten wollten, kam der sich als dialogbereiten Friedensstaat präsentierenden DDR entgegen.

Geplant war, bis Ende 1990 30 bis 40 Militärbeobachter auf UN-Missionen vorzubereiten und ab Ende 1991 den Vereinten Nationen eine militärische Einheit anzubieten. Diese sollte aus einer Kompanie mit drei Zügen zu je 50 Mann bestehen und im Luftsturmregiment 40, einer in Lehnin bei Potsdam



▲ Verabschiedung der 30 DDR-Polizeibeobachter nach Namibia auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld durch DDR-Außenminister Bernhard Neugebauer, 11. Oktober 1989.

stationierten Luftlandeeinheit der NVA mit Fallschirmspringern, eingegliedert werden. Für längere Missionen war für einen personellen Wechsel eine zweite Kompanie vorgesehen. Hinzu wären weitere Kräfte zur Versorgung der Kompanien gekommen, sodass die Zahl der für UN-Einsätze zu schulenden Soldaten ab 1991 bei etwa 350 Personen gelegen hätte.

### Polizeieinsatz ohne Polizisten?

Statt der von den Vereinten Nationen geforderten 50 Polizeibeobachter konnte in der Kürze der Zeit nur eine Gruppe mit 30 geeigneten Personen zusammengestellt werden, hauptsächlich, weil nicht genügend Angehörige der Volkspolizei mit ausreichend Kenntnissen der englischen (UN-Kommando-)Sprache verfügbar waren. Damit einher ging die Tatsache, dass die Angehörigen der Namibia-Einheit in der Regel gar nicht als klassische Polizisten arbeiteten (im Streifendienst etwa). Sie waren in ihrem normalen beruflichen Alltag u.a. als Kriminaltechniker, Dolmetscher oder im diplomatischen Dienst tätig. Die zwölf Polizeibeobachter aus der NVA und dem Verteidigungsministerium arbeiteten u.a. in dessen Verwaltung für Internationale Verbindungen, in militärischen Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt in der Ausbildung ausländischer Militärs. Sie waren daher bislang ebenfalls nicht mit polizeilichen Aufgaben befasst gewesen. Kurzerhand wurden sie wie alle anderen DDR-Polizeibeobachter zu Offizieren der Volkspolizei ernannt, um den Vereinten Nationen zu signalisieren, dass hier tatsächlich



▲ Ankunft der Polizeibeobachter aus der DDR auf dem Flugplatz in Windhuk am 12. Oktober 1989: Kommandeur Oberstleutnant der Volkspolizei Ulrich Kienzle erstattet dem stellvertretenden Chef der UNTAG-Polizei Meldung.

eine Polizeieinheit zur Verfügung stand. Am 11. Oktober 1989 flog die polizeiliche Beobachtereinheit der DDR nach Namibia. Sieben Tage nach ihrer Abreise wurde Erich Honecker entmacht.

### Deutsche Einheit im afrikanischen Busch

In Namibia erwarteten gänzlich andere Fragen die Polizeibeobachter der DDR, aber auch das seit September 1989 in Namibia weilende bundesdeutsche UNTAG-Kontingent (gebildet aus 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes, BGS). Zunächst hatten sie eine Fahrprüfung der UN zu bestehen, denn der im Land geltende Linksverkehr hatte auf den oft gefährlichen Schotterpisten, durch umherlaufende Tiere im namibischen Busch oder wegen des verminten Geländes an der Grenze zu Angola bis Ende September 1989 bereits 13 Tote aus den Reihen der UNTAG gefordert. Extreme klimatische Bedingungen mit bis zu 40 Grad Celsius, instabile Strom- und Wasserversorgung, provisorische Unterkunft in Schulen, in Wohnwagen und bei Farmern oder teils fehlende sanitäre Anlagen beeinträchtigten Leben und Arbeiten der Polizeibeobachter. Täglich hatten sie südafrikanische Einheiten zu begleiten, Munition unschädlich zu machen, Wahlveranstaltungen zu beobachten, Einschüchterungen Südafrikas gegen die Bevölkerung zu melden und Patrouillenfahrten durchzuführen. Wichtig war der Kontakt zu den Bürgern, um der UNTAG und dem Weg Namibias in die Unabhängigkeit besonders bei den südafrikanisch- und deutschstämmigen Interessengruppen Akzeptanz zu verschaffen, etwa durch Besuche bei Parteien, Kirchen oder Geschäftsleuten, aber auch in Gesprächen mit Häuptlingen verschiedener Stammesgruppen. Diese Arbeit konnte schnell gefährlich werden, weil die politischen Spannungen im Land immer wieder hervortraten. Extremisten griffen im August 1989 ein UNTAG-Büro mit Handgranaten an. Anhänger verfeindeter Parteien lieferten sich im September 1989 in Windhuk eine teils bewaffnete Straßenschlacht. Zwischen Mai und November 1989 wurden rund 200 Fälle registriert, die auf politische Auseinandersetzungen

zurückzuführen waren und bei denen vereinzelt auch Todesopfer zu beklagen waren.

Problematisch war für die Polizeigruppen beider deutscher Staaten aufgrund der mangelhaften Infrastruktur der Austausch von Einsatzbefehlen. Stationiert war die DDR-Einheit an sechs Stützpunkten im Norden Namibias, darunter in drei Orten, die im angolanischen Grenzgebiet lagen, wo stets bewaffnete Kämpfe zwischen SWAPO und südafrikanischer Miliz befürchtet werden mussten. Der BGS befand sich auf acht Stützpunkten ebenso im Norden des Landes. Zu zwei dieser entlegenen BGS-Standorte gab es von der Hauptstadt Windhuk aus keine Funkverbindung. Nachrichten wurden aufwendig durch den Transport mit dem Auto, in Wochenberichten oder wenn möglich über Informationsketten ausgetauscht. Die weiten Entfernungen zwischen den Einsatzorten in Namibia, das mehr als doppelt so groß wie Deutschland ist, erschwerten zudem die Betreuung beider Kontingente durch ihre jeweiligen diplomatischen Beobachtermissionen im Land.

Während der Wahlen in Namibia war in Berlin am 9. November 1989 auch die Mauer gefallen. Nachrichten darüber erreichten die Kontingente in der Wildnis nur zögerlich, da nicht überall die Chance bestand, per Weltempfänger den südafrikanischen Rundfunk oder die Deutsche Welle zu empfangen oder per Telefon und Fernschreiber Informationen aus der Heimat zu erhalten. Ihre eigene, vorgezogene deutsche Einheit konnten Angehörige der ost- und westdeutschen UNTAG-Einheiten bereits einige Wochen vorher begehen. Zusammen leisteten sie ihren UN-Dienst im Norden Namibias am Stützpunkt Ombalantu. Unter dem Kommando der Vereinten Nationen griff die in der DDR für Volkspolizisten geltende Geheimhaltungsordnung, die den Kontakt zu Bürgern nichtsozialistischer Länder verbot, nicht mehr – es entwickelte sich ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Vertretern aus DDR und Bundesrepublik und zu den dort tätigen Kollegen aus Kanada, Irland, Indien, Pakistan und Schweden. Begegnungen zwischen Ost und West gab es aber auch an anderen Einsatzorten, so in Ondangwa und Os-



▲ Verabschiedung Namibias in die Unabhängigkeit am 31. März 1990: Der Sieger der Wahlen und erste Präsident Sam Nujoma mit Südafrikas Präsident Frederik de Klerk.

hakati im Zuge der vorzubereitenden Wahlen. Als sich Namibia im März 1990 seiner Unabhängigkeit näherte und das zwölfmonatige Mandat der UNTAG auslief, war auch die erste und einzige Zusammenarbeit von Bundesrepublik und DDR in einer UN-Mission beendet. Während der BGS am 6. April 1990 seine Heimreise antrat, hatten die Polizeibeobachter der DDR ihre CivPol-Unterstützung bereits am 4. März beendet. Die Verhältnisse in ihrer Heimat hatten sich derart rasch geändert, dass freie Wahlen nun am 18. März 1990 erstmals auch in der DDR durchgeführt wurden. Am 21. März 1990 schließlich fand die UNTAG-Mission der Vereinten Nationen mit der Unabhängigkeit Namibias ihren erfolgreichen Abschluss.

■ Daniel Lange

### Literaturtipp

Daniel Lange, Auf deutsch-deutscher UN-Patrouille: Die polizeiliche Beobachtereinheit der DDR in Namibia (1989/90), Schkeuditz 2011